

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Straßenbeleuchtung in Gewerbegebieten

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Der Antrag der Fraktion der CDU vom 29. November 2011 (Drs. 18/58 S) erhält folgende Fassung:

„Um die anvisierten Klimaschutzziele zu erreichen, ist ein sparsamer Umgang mit Energie unabdingbar. Es muss daher kontinuierlich geprüft werden, an welchen Stellen und auf welche Weise im öffentlichen Bereich Strom eingespart werden kann. Ein Abschalten oder Abdimmen der Straßenbeleuchtung in Gewerbe- und Industriegebieten vornehmlich bei Nacht kann dabei zur Reduzierung des städtischen Stromverbrauchs beitragen. Eine solche Regelung würde gleichzeitig die Lichtverschmutzung in der Stadt bei Nacht reduzieren. Auch unter Haushaltsgesichtspunkten kann eine Reduzierung des öffentlichen Stromverbrauchs sinnvoll sein, wenn entsprechende Änderungen mit dem Konzessionär vereinbart werden.

Solch eine Maßnahme darf jedoch nicht dazu führen, dass Angsträume entstehen. Es ist daher vorzugsweise in Gewerbe- und Industriegebieten zu prüfen, ob eine zeitlich begrenzte oder dauerhafte Abschaltung oder ein zeitweises oder intelligent gesteuertes Abdimmen der Straßenbeleuchtung möglich ist. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger darf dabei allerdings nicht beeinträchtigt werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf zu prüfen,

- inwieweit im Rahmen des Vertrages mit dem Konzessionär der Straßenbeleuchtung in Bremen Vereinbarungen über partielle Leistungsreduzierungen und -veränderungen getroffen werden können,
- wo und in welchem zeitlichen Rahmen in Bremen Abschaltungen oder ein Abdimmen der Straßenbeleuchtung möglich sind und
- welche möglichen finanziellen Einsparungen dadurch für den Bremer Haushalt erzielt werden könnten.“

Arno Gottschalk, Wolfgang Jägers,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Anne Schierenbeck,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen